

## UGANDA

PETER GIRKE  
MAX WALTER

13. Oktober 2010

www.kas.de  
www.kas.de/uganda

# Ugandas Parteienlandschaft vor den nationalen Wahlen im Februar 2011

DER COUNTDOWN LÄUFT

**Wenige Monate vor den für Februar 2011 geplanten Wahlen zeigen die neuesten Entwicklungen in Uganda eine nach wie vor dynamische Realität in der ugandischen Parteienlandschaft. Die Regierungspartei NRM hat kürzlich bei als chaotisch zu bezeichnenden, internen Wahlen seine Kandidaten für die nationalen Wahlen bestimmt. Die Inter-Party Cooperation (IPC), ein Zusammenschluss verschiedener Oppositionsparteien, sieht sich nach dem Austritt der größten Oppositionspartei UPC vor großen Herausforderungen. Die im Frühjahr 2010 gewählte neue Führung der Democratic Party ist bemüht, die Partei und ihre Anhängerschaft auf die kommenden Wahlen einzustimmen.**

## National Resistance Movement

Das regierende National Resistance Movement (NRM) ist die mit Abstand größte Partei Ugandas. Es hielt kürzlich landesweit parteiinterne Wahlen ab, die sogenannten *party primaries*. Darin wurden die Kandidaten für die nationalen Wahlen bestimmt. Im Rahmen dieser Wahlen kam es nicht nur zu Verspätungen und teilweise chaotischen Zuständen, sondern auch zu Streitereien, gewalttätigen Auseinandersetzungen und Bestechungsvorfällen.<sup>1</sup>

Neben gewalttätigen Streitigkeiten zwischen Anhängern verschiedener Kandidaten fallen insbesondere Aktivitäten zur Wahlmanipulation ins Auge, die Beobachter mit Blick auf das Demokratieverständnis im Land – und insbesondere innerhalb des NRM – nachdenklich stimmen. Verschiedene Kandidaten und ihre Mitarbeiter wurden beispielsweise mit bereits ausgefüllten Wahlscheinen festgenommen. Es gab vielfach Berichte über gefälschte Wählerlisten, Bestechung, Mehrfachregistrierungen und das sogenannte *ballot stuffing*, wobei eine größere Anzahl vorbereiteter Wahlscheine in die Wahlurnen eingeworfen wird.<sup>2</sup> Angesichts des Missmanagements und eines generellen Vertrauensverlusts in den Wahlprozess war die Beteiligung in vielen Wahllokalen niedrig.

In den Wochen nach den *party primaries* wurden bei der Wahlkommission des NRM über 600 Petitionen von Kandidaten eingereicht, die keine Mehrheit erzielen konnten. Zumeist wird in diesen Petitionen vorgebracht, dass der Wahlprozess manipuliert worden sei und dass die Ergebnisse nachgezählt oder annulliert beziehungsweise die Wahlen wiederholt werden müssten.<sup>3</sup> Sowohl der NRM-Wahlkommission als auch einzelnen Kandidaten wird korruptes Verhalten vorgeworfen, und generell wird die Kommission wegen der chaotischen Durch-

<sup>1</sup><http://www.mediacentre.go.ug/details.php?catid=4&item=989>

<sup>2</sup> <http://www.monitor.co.ug/News/National/-/688334/1004432/-/item/0/-/81qv0b/-/index.html>

<sup>3</sup> <http://www.newvision.co.ug/D/8/12/732324>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE  
MAX WALTER

13. Oktober 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

führung des Wahlprozesses kritisiert.<sup>4</sup> Diese Vorwürfe betreffen nicht nur untere Parteienränge, sondern nach Medienberichten auch Führungskräfte, wie zum Beispiel den wiedergewählten Generalsekretär des NRM, Amama Mbabazi.<sup>5</sup> Präsident Museveni war zuvor ohne Gegenkandidat als Parteivorsitzender bestätigt worden.

Die Vorwürfe und deren öffentliche Diskussion unterminieren die Legitimität einiger der NRM-Kandidaten. Für Kritiker zeigen die teilweise dramatischen Ereignisse um die parteiinternen Wahlen eine zunehmende Fragmentierung der Partei, die die Einheit und Glaubwürdigkeit der Partei unterminieren könnte. Viele der unterlegenen Kandidaten drohen zudem damit, bei den kommenden Parlamentswahlen als unabhängige Kandidaten anzutreten. Sollte einigen von ihnen der Einzug ins Parlament gelingen, hätte sich eine neue NRM-Regierung nicht nur mit einer möglicherweise gestärkten Opposition, sondern auch mit unzufriedenen (ehemaligen) Parteimitgliedern auseinandersetzen.<sup>6</sup>

### Inter-Party Cooperation und Uganda People's Congress

Die 2008 gegründete Inter-Party Cooperation (IPC) wird gegenwärtig als die populärste Oppositionskraft angesehen. Die IPC ist ein Zusammenschluss von vier Parteien, deren Ziel unter anderem – oder *vor allem*, wie verschiedene Kritiker sagen – die Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten ist, um damit die Chancen auf einen Regierungswechsel zu erhöhen. Die beteiligten Parteien waren zu Beginn das Forum for Democratic Change (FDC), die größte Oppositionspartei in

Uganda, der Uganda People's Congress (UPC), das Justice Forum (JEEMA) und die Conservative Party (CP). Später trat auch die Social Democratic Party (SDP) dem Bündnis bei.

Ende August allerdings kündigte UPC-Präsident Olara Otunnu den Austritt seiner Partei aus der IPC an. Die UPC war nach dem FDC die größte Partei in der Gruppe. Nunmehr besteht die IPC neben dem FDC aus drei sehr kleinen Parteien. Manche Analytiker verstehen dies durchaus als Chance für die IPC, in Regionen besser abzuschneiden, in denen die UPC aufgrund historischer Ereignisse unbeliebt ist. Schwerer hingegen wiegt wohl, dass der Austritt der UPC die Chancen der IPC um eine signifikante Stimmenzahl verringern wird, da der zuvor zumindest teilweise geschlossene Oppositionsblock wieder aufgespalten wird und das Wählervertrauen in eine starke Opposition sinkt.

Otunnu begründete den Austritt seiner Partei hauptsächlich mit unüberbrückbaren Differenzen bezüglich der richtigen Strategie im Kampf um eine Wahlreform. Die UPC und die anderen IPC-Parteien sind sich zwar darin einig, dass die nationale Wahlkommission in ihrer jetzigen Besetzung keine freien und fairen Wahlen in 2011 organisieren kann, weil sie zu eng mit den Interessen der NRM und des Präsidenten verknüpft sei.<sup>7</sup> Beide Seiten wollen jedoch eine Wahlreform auf verschiedenen Wegen erreichen. Während die UPC eine solche Reform vor den Wahlen für unabdingbar hält und deshalb einen Boykott ins Auge fasst, wollen die anderen IPC-Parteien die Reform zwar ebenfalls herbeiführen, jedoch parallel die Vorbereitungen auf die kommenden Wahlen mit dem Terminplan der Wahlkommission weiterführen. Die Zustimmung zu Otunnus Kurs scheint auch innerhalb der UPC eher gering zu sein. Manche Mitglieder haben bereits bestätigt, dass sie einen eventuellen Boykott nicht unterstützen und gegebenenfalls

4

<http://www.mediacentre.go.ug/details.php?catid=4&item=989>

5

<http://www.independent.co.ug/index.php/cover-story/cover-story/82-cover-story/3462-election-chaos-leaves-nrm-in-mess-could-widen-rift-within-party-ranks>

6

<http://www.independent.co.ug/index.php/cover-story/cover-story/82-cover-story/3462-election-chaos-leaves-nrm-in-mess-could-widen-rift-within-party-ranks>

7

<http://www.independent.co.ug/index.php/column/interview/69-interview/3442-otunnu-reveals-why-he-quit-ipc>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE

MAX WALTER

13. Oktober 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

unabhängig von der UPC kandidieren würden.<sup>8</sup>

Die Wahlen sind auf Februar 2011 angesetzt – es ist höchst unwahrscheinlich, dass die von Otunnu geforderten Reformen in diesem verbleibenden Zeitrahmen überhaupt umsetzbar sind. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist ein großer Teil der zur Verfügung stehenden Ressourcen zum Beispiel in die Erstellung der Wählerliste und andere vorbereitende Maßnahmen der Wahlkommission geflossen, so dass die Wirtschaftlichkeit und politische Durchsetzbarkeit einer Wiederholung der bereits durchgeführten Prozesse minimal erscheint. Zudem wäre die Auflösung und Neubesetzung der Wahlkommission nahezu unmöglich, ohne die Wahlen auf ein späteres Datum zu verschieben. Eine Verschiebung der Wahlen wiederum würde eine Verfassungsänderung erforderlich machen, da vorgeschrieben ist, dass die Wahlen in den letzten 90 Tagen der Amtszeit des amtierenden Präsidenten stattfinden müssen.

Diese Faktoren sprechen gegen die Durchsetzbarkeit des ambitionierten Wahlreformunterfangens der UPC und könnten dazu führen, dass auch die UPC sich schließlich darauf einlassen wird, am jetzigen Wahlprozess teilzunehmen, auch wenn sie diesen für illegitim hält. Neben der Frage der Wahlkommissionsbesetzung wird beispielsweise auch eine unabhängige Beobachtung der Erstellung und Verpackung der Wahlscheine gefordert.

Die IPC selbst durchläuft inzwischen einen rapiden Veränderungsprozess, nicht zuletzt aufgrund des Ausstiegs der UPC. Die Vereinigung repräsentiert nunmehr eher die Interessen des Königreichs Buganda, das beispielsweise die Einführung eines föderalen Systems oder die Rückgabe königlichen Eigentums fordert. Die drei kleineren Mitgliedsparteien SDP, CP und JEEMA sind alle im Königreich Buganda verankert und un-

terstützen ein föderales System in Uganda, während die UPC in Buganda eher unpopulär ist. Unterstützung erfährt die IPC zudem von „*Ssuubi 2011*“, einer Pro-Buganda Lobbygruppe. Wie sich diese Konzentration von Pro-Bugandainteressen auf die IPC auswirken wird, ist noch unklar. Einerseits könnte der zwischen dem Königreich und der NRM-Regierung schwelende Konflikt neue Anhänger für das IPC-Lager bedeuten.<sup>9</sup> Andererseits kann eine Fokussierung auf Buganda auch einen Wechsel potentieller IPC-Wähler hin zu NRM, DP und/oder UPC nach sich ziehen, vor allem in Landesteilen Ugandas, die eine stärkere Dominanz Bugandas ablehnen. Schließlich könnte eine engere Verknüpfung des FDC mit den Interessen Ugandas dazu führen, dass die größte Oppositionspartei nicht mehr wie im bisherigen Maß als Partei mit nationalen Charakter wahrgenommen wird, die Reformkräfte über ethnische, regionale und religiöse Grenzen hinweg vereinen kann. Obwohl einige FDC-Parlamentarier öffentlich hinterfragen, worin der Mehrwert in der IPC-Mitgliedschaft bestehe,<sup>10</sup> steht die Partei doch weitgehend geschlossen hinter ihrem Präsidentschaftskandidaten Kiiza Besigye.

### Democratic Party

Die Democratic Party (DP), die dritte bedeutende Oppositionspartei, ist nicht Mitglied der IPC. Nachdem sie bei den anfänglichen Verhandlungen noch dabei war, entschied sie sich kurz vor Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung gegen eine Mitgliedschaft. Für Norbert Mao, den im Frühjahr 2010 neu gewählten Parteipräsidenten, steht die Aufgabe im Vordergrund, die tief gespaltene Partei zu vereinen und ihr einen nationalen Charakter wiederzugeben. Einige prominente Parteimitglieder behaupten nach wie vor und trotz mehrerer verlorener Gerichtsverfahren, dass die Wahl Maos als Präsident unrechtmäßig erfolgte. Diese Parteimitglieder, darunter auch Parla-

<sup>8</sup> <http://www.independent.co.ug/index.php/election-watch/election-watch/112-election-watch/3468-otunnu-faces-revolt-as-upc-officials-defy-call-to-boycott-2011-elections>

<sup>9</sup> Siehe auch <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/8260130.stm>; [http://www.observer.ug/index.php?option=com\\_content&task=view&id=6901&Itemid=59](http://www.observer.ug/index.php?option=com_content&task=view&id=6901&Itemid=59)

<sup>10</sup> The Observer, 30/08 – 01/09/10

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

PETER GIRKE

MAX WALTER

13. Oktober 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

mentarier, haben eine eigene Gruppe gebildet und ihre Unterstützung für die IPC und „Ssuubi 2011“ verkündet.<sup>11</sup> Mao muss nun diese Mitglieder entweder wieder an Bord bringen oder sicherstellen, dass wichtige Anhänger aus der dicht besiedelten Buganda Region, eine der traditionellen Hochburgen der Partei, nicht verloren werden.

Obwohl Mao in Uganda und international stark an Beliebtheit und Bekanntheit gewonnen hat, erscheint es auch für ihn unter den gegebenen Bedingungen schwierig, seine Partei in wenigen Monaten in eine vereinte Organisation mit wieder erstarkter Basis zu transformieren, die eine lebensfähige Alternative für die Regierungsbildung bieten kann. Für die DP wird es von großer Bedeutung sein, bei den Wahlen punktuelle Bündnisse mit der IPC und der UPC zu schließen und sich in verschiedenen Wahlkreisen auf einen Kandidaten zu einigen, um die Aufsplitterung der Oppositionsstimmen und das NRM als lachenden Dritten zu verhindern. Dieser Ansatz war bei Nachwahlen gelegentlich bereits erfolgreich, erfordert aber ein Maß an Disziplin und strategischer Planung, das auf Oppositionsseite insgesamt bisher nicht immer sichtbar geworden ist.

### Schlussbemerkungen

Die Dominanz des Themas Wahlreform auf Oppositionsseite ist verständlich – ohne freie und faire Wahlen ist die Grundlage der Mehrparteiendemokratie gefährdet. Diese Debatte hat aber auch zur Folge, dass grundlegende programmatische Fragen in der politischen Diskussion vernachlässigt wurden. Die Herausforderungen der Institutionenentwicklung und des Reifungsprozesses der politischen Parteien werden den derzeitigen Wahlprozess weiterhin kennzeichnen, bevor Raum für substantielle Auseinandersetzungen um Programme, Regierungsführung und Interessenbündelung entsteht. Die Parteien waren bislang mehr damit beschäftigt, über die Besetzung von

Führungspositionen zu streiten, als die Frage zu beantworten, wie die Interessen der Ugander am besten vertreten werden können.

Dennoch können auch positive Trends verzeichnet werden. Es gibt Bemühungen – auch auf NRM-Seite –, gegen betrügerische Aktivitäten im Vorfeld der Wahlen vorzugehen. Sollte die Forderung der IPC für ein striktes Monitoring des Vorwahl- und Wahlprozesses und Otunnus Aufruf zur Gründung eines nationalen Dialoges für ein faires Wahlrechtssystem Gehör finden, könnten sie als Schritte hin zu gestärkten demokratischen Strukturen und Prozessen gewertet werden.

Bei einer kürzlich von der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Dialogveranstaltung zum Thema Parteienkooperation und „Power Sharing“ war der generelle Konsens, dass die Oppositionsparteien in Uganda momentan nur über schwache Organisationsstrukturen und eine vergleichsweise schmale Anhängerschaft auf der lokalen Ebene verfügen. Das wird auch von einer durch die KAS durchgeführten Studie bestätigt.<sup>12</sup> Immerhin zeigen die momentanen Diskussionen die wachsende Erkenntnis der Opposition um die Notwendigkeit eigener Basisstrukturen. Das NRM hingegen verfügte über mehr als zwei Jahrzehnte, um landesweit eine Unterstützungsbasis und lokale Strukturen aufzubauen. Die *primaries* des NRM zeigen jedoch, dass Parteizusammenhalt auch für das NRM keine Selbstverständlichkeit ist. Zugleich wird übereinstimmend anerkannt, dass Partei- und politische Arbeit mehr bedeutet, als die nächsten Wahlen zu gewinnen und dass zukünftig deutlich mehr Bemühungen für eine gesunde Mehrparteiendemokratie unternommen werden müssen.

<sup>11</sup>

<http://www.independent.co.ug/index.php/election-watch/election-watch/112-election-watch/3467-warring-dp-losing-key-constituencies-to-rival-parties>

<sup>12</sup> <http://www.kas.de/uganda/en/pages/8299/>, <http://allafrica.com/stories/201008110821.html>